Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Insertionspreis Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungsgebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 287 — **Freitag den 9. Dezember 1921.** — **80. Jahrgang.**

Amtlicher Teil.

Der **14. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff** vom 5. März 1915, Erhebung einer **Gewerbesteuer** betr., hat die oberbehördliche Genehmigung gefunden.

Der Nachtrag liegt zu jedermanns Einsicht 14 Tage lang in der Ratskanzlei (Zimmer 14) zur Einsicht aus.

Wilsdruff, am 7. Dezember 1921. 1031 **Der Stadtrat.**

Kesselsdorf.

Für die vom Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Meißen für Klein- und Sozialrentner bewilligten Mittel sind Anträge im hiesigen Gemeindeamt bis **spätestens den 11. Dezember 1921** zu stellen. Nach dieser Frist können keine Anträge mehr entgegengenommen werden.

Kesselsdorf, am 8. Dezember 1921. 1033 **Der Gemeindevorstand.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Vor dem Reichsgericht in Leipzig begann der Prozeß gegen die Führer im Kapp-Putsch.
* Die Beziehungen zwischen der Reichsbank und der Bank von England sind wieder aufgenommen worden.
* Der Dollar sank in Newyork und Berlin erheblich infolge umlaufender Gerüchte über Kredithilfe für Deutschland. Mittwoch notierte der Dollar in Berlin zuletzt 206 Mark.
* Das englisch-irische Abkommen gibt Irland unter dem Namen „Irischer Freistaat" die gleichen Rechte wie Australien und Kanada.
* In Rom wurde der frühere türkische Großwesir Said Halim Pascha von einem unbekannten Täter erschossen.
* Japan stimmte dem Vorschlag Hughes auf Herabsetzung der Schiffsbauten zu.

Theaterdonner.

Über den Sitzungssaal des französischen Senats ist eine schwarze Gewitterwolke hingezogen. Es hat gedonnert und geblitzt, aber nachdem dann ein milder Regen von neunmal klugen Worten herabgerauscht war, wölbte sich alsbald der vielfarbige Bogen des Friedens in Gestalt eines mit 249 gegen 12 Stimmen angenommenen Vertrauensvotums über dem Hause, und siehe da, man erkannte, daß die Wolken nur auf Leinewand gemalt und Blitz und Donner nur von einem geschickten Theaterinspizienten hervorgezaubert waren. Es liegt aber oft ein tiefer Sinn im kindlichen Spiel. So auch hier.

Briand hatte dem französischen Senat vor seiner Abreise nach Washington versprochen, alsbald nach seiner Rückkehr ausführlich über die politische Weltlage (das heißt auf französisch „über das böse Deutschland") zu sprechen.

Zwei Senatoren, Branguier und Lamarcelle, waren die wackeren Kämpen, die eine doppelt schneidige Attacke gegen den Ministerpräsidenten ritten, und ihm damit eine prachtvolle Gelegenheit gaben, aus der günstigsten Verteidigungsstellung heraus recht kräftig um sich zu schlagen. Aber den Sack schlägt man und den Esel meint man, sagt das Sprichwort, und wenn Briand die Hiebe seiner Angreifer kräftig erwiderte, so traf er immer mit großer Geschicklichkeit an ihnen vorbei auf den Rücken der — deutschen Regierung. Die beiden Senatoren entrüsteten sich über alle Maßen, daß Herr Briand sein Versprechen nicht gehalten habe, Frankreichs „Rechte" gegen Deutschland kräftig zu wahren. Sie nagelten ihn darauf fest, daß er selbst gesagt hatte, Deutschland könne jeden Tag 6 bis 7 Millionen Mann auf die Beine bringen, und sie wußten erschreckliche neue Geschichten von den heimlichen deutschen Waffenfabriken zu erzählen. Dafür habe Deutschland Geld übrig, nicht aber für seine Schuldzahlungen. Es habe zu wenig Steuern eingeführt und unterstütze die Kapitalflucht ins Ausland, wo sich wohl an die 80 Milliarden — es könnte vielleicht auch nur die Hälfte sein, so genau kommt es nicht darauf an — deutsches Vermögen befänden. Diese Milliarden soll Briand zurückbringen, und wenn er das nicht fertig bringt, soll er sich in seiner Ohnmacht vernichtendem Gefühl in seinen „Wigwam" zurückziehen. Das war deutlich, und es war nur noch eine kleine Variation dieses Themas von der absoluten Unzulänglichkeit der Briandschen Politik gegen Deutschland, wenn der zweite Interpellant hinzufügte, die ganze traurige Lage sei nur dadurch verursacht, daß die Einigkeit Deutschlands erhalten geblieben sei. Jetzt bleibe nur übrig, die Zahlungen mit allen Mitteln zu erzwingen, und wenn Deutschland nicht zahle, werde es auseinanderfallen.

So spricht man im französischen Senat, während gleichzeitig der englische Schatzminister Horne erklärte, daß der Untergang Deutschlands eine Katastrophe für Europa bedeuten würde! Braucht man mehr Beweise dafür, daß Herrn Briand nichts willkommener sein konnte, als diese maßlos heftigen Angriffe seiner eigenen Landsleute? Alles, was Briand gern sagen möchte, hatten seine famosen Angreifer trefflich für ihn besorgt, und er selbst konnte sich mit einer ganz kurzen Antwort begnügen, in der nunmehr das, was er aus internationalen Rücksichten sagen mußte, sich als der Weisheit letzter Schluß und als eine wahre Himmelsbotschaft von Versöhnungswillen vom Hintergrunde der vorhergegangenen Herzensergüsse abheben mußte. Er konnte also mit wenig Worten die absolute Entschlossenheit bekunden, von Frankreichs Ansprüchen gegen uns kein I-Pünktchen aufzugeben, und konnte dabei nach außen hin doch als die personifizierte Milde und Friedfertigkeit erscheinen.

„Deutschland muß zahlen, und Deutschland kann zahlen." Das ist der ewige Kehrreim im politischen Liede der Pariser. Und wenn Briand mit den Worten: „Deutschland will ja auch zahlen" ein wenig Öl auf die künstlich erregten Wogen gießt, so ist damit nicht uns und nicht der Welt geholfen. Mit solchem Öl schmiert Briand nur die etwas verrosteten Räder am Karren der französischen Revanchepolitik. —m.

Hardings Botschaft.

Eröffnung des nordamerikanischen Kongresses

Ehe die Washingtoner Abrüstungskonferenz ihre bisher etwas unergiebigen Verhandlungen beendet hat, ist der Kongreß der Vereinigten Staaten zusammengetreten und Präsident Harding hat ihn mit einer Botschaft eröffnet.

Der Präsident wirft einen Blick auf die langen Kriegsverwirrungen, die nicht nationaler sondern internationaler Natur gewesen seien. Er beabsichtige nicht, ein Programm für die Wiederherstellung der Welt zu geben. Aber die Vereinigten Staaten könnten daran mithelfen. Sie hätten auch die Absicht, es mit Uneigennützigkeit zu tun. Die Botschaft geht dann auf die inneren Verhältnisse Amerikas ein und sagt, die Hauptsache des internationalen Problems sei die Regelung der Schulden. Amerika müsse alle bestehenden Handelsverträge aufkündigen, um die Einfuhrzölle für fremde Waren, die auf amerikanischen Schiffen nach Amerika gebracht würden, herabsetzen zu können. Bei diesem Vorgehen müsse natürlich Rücksicht auf die Ausfuhrmöglichkeit genommen werden. Handel und Industrie können nur aufrechterhalten werden durch Austausch. Harding wünscht von ganzem Herzen die Wiederherstellung der von dem Kriege so schwer betroffenen Völker. Die Sowjetherrschaft in Rußland könne Amerika nicht anerkennen, ihre Propaganda nicht dulden. Aber ausreichende Kredite für die amerikanischen Hilfsorganisationen müsse man bewilligen, um den Hungernden und Leidenden in Rußland zu helfen. Zum Schluß seiner Rede sagte Harding über die Abrüstungskonferenz, die Augen der ganzen Welt seien auf Washington gerichtet, und es sei wahrscheinlich, daß ein die gesamte Menschheit höchst ermutigender Erfolg herbeigeführt werden würde.

Freistaat Irland.

Gleiche Rechte wie Kanada, Australien, Südafrika.

Nach Kämpfen, die nicht nach Jahrzehnten, sondern nach Jahrhunderten zu bemessen sind, haben die Iren endlich ihre nationale Selbständigkeit errungen. Lloyd George führte im Verein mit Chamberlain, Lord Birkenhead und Churchill die letzten Verhandlungen über die Einigung. Für Irland verhandelten die Sinnfeiner Collins und Bartons. In einer Rede zu Birmingham gab Lord Birkenhead die Bedingungen bekannt, unter welchen die Verständigung mit Irland erfolgte.

Im eigenen Hause.

Mit einem einzigen Vorbehalt wird **Irland in dieselbe Lage versetzt wie Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika.** Es wird den Namen „Irischer Freistaat" erhalten. **Südirland ist darin im eigenen Hause.** Man wird den Versuch in sehr weitherziger Weise auf derselben Grundlage machen, wie er in Südafrika mit Erfolg angewendet wurde. Die Vertreter Sinnfeins sind bereit, dem irischen Parlament zu empfehlen, daß der neugebildete irische Freistaat nicht einen Vertrag des Verbandes mit dem britischen Reiche abschließt, sondern **in das britische** Reich eintritt. Die Treue des irischen Freistaates zur britischen Reichsgemeinschaft und zum König Georg wird in klarer und unzweideutiger Sprache in seiner Verfassung erklärt. **In Finanzfragen hat das südirische Parlament die Führung.** Irland übernimmt einen angemessenen Teil der nationalen Schulden und der Kriegsausgaben. Der Betrag wird durch Schiedsrichter festgestellt.

Das Londoner Kabinett billigte einstimmig das Übereinkommen mit den Sinnfeinern und beglückwünschte Lloyd George zu dem Erfolg seiner Anstrengungen. Ebenso sandte der König einen telegraphischen Glückwunsch an den Premierminister. Stimmt nun noch das stets etwas hartnäckige Ulster dem Abkommen zu, so kann Lloyd George „seinen früheren Lorbeeren einen imponierenden Zweig hinzufügen und ein alter Traum erfüllt sich — das grüne Erin wird frei sein!

Der Kapp-Putsch vor dem Reichsgericht

Angeklagt v. Jagow, v. Wangenheim und Dr. Schiele.

(1. Verhandlungstag.) § Leipzig, 7. Dezember.

Fast ein und drei Viertel Jahre liegen zwischen dem am 13. März 1920 unternommenen Versuch Kapps und seiner Helfer, die Regierungsgewalt im Deutschen Reiche an sich zu reißen, und dem Beginn des Gerichtsverfahrens gegen diejenigen Führer beim Putsche, deren das Gericht sich bemächtigen konnte. Kapp selbst ist bekanntlich bald nach dem fehlgeschlagenen Staatsstreich nach Schweden geflohen und auch Lüttwitz, der als der militärische Leiter der ganzen Aktion anzusehen ist, war bisher nicht aufzufinden. Für eine große Zahl anderer Teilnehmer ist inzwischen das Verfahren niedergeschlagen oder durch Amnestie erledigt und nur einigen wenigen Hauptbeteiligten kann jetzt das Urteil gesprochen werden, nachdem auch die Nachforschungen nach diesen durch zahlreiche Zwischenfälle immer wieder in die Länge gezogen wurden. Nunmehr erscheinen nur drei Angeklagte, die in führenden Stellungen an dem Kapp-Abenteuer teilnahmen, vor den Schranken des Reichsgerichts: der frühere Polizeipräsident von Berlin von Jagow, der in der „Kapp-Regierung" Minister des Innern werden sollte, der als Politiker früher vielfach hervorgetretene Landwirt von Wangenheim und der praktische Arzt und politische Schriftsteller Dr. Schiele, der erst kürzlich bei einem Versuch, die deutsche Grenze zu überschreiten, festgenommen werden konnte.

Die Anklageschrift

geht davon aus, daß bereits im Sommer 1919 Bestrebungen im Gange waren, eine Diktatur in Deutschland zu errichten und die Republik zu beseitigen. Nach der Verkündigung der Verfassung im August 1919 war es eine Gruppe von Personen, die sich „Nationale Vereinigung" nannte und die planmäßig die Vorbereitungen für die Errichtung einer Diktatur fortsetzte. Dabei ging man von dem Gedanken aus, daß in Deutschland ein bolschewistischer Putsch bevorstehe, daß diesem durch einen Gegenstoß von rechts her begegnet werden müsse und daß auf diese Art eine rechtsgerichtete Regierung ans Ruder kommen und allmählich die früheren Zustände wiederherstellen solle. Die Einzelheiten des Planes fand man bei einer Haussuchung in der Wohnung des Dr. Schiele.

Das Aktionsprogramm

sah vor: Einmarsch in Berlin, Besetzung der Ministerien, Festnahme der Minister und jener höheren Beamten, die erst nach der Revolution ernannt wurden, Ausmerzung der nachrevolutionären Ober-, Regierungs-, Polizeipräsidenten, Landräte usw. Den Präsidenten Ebert wollte man eventuell auf seinem Posten lassen, wenn er sich gefügt hätte. Die Anklage sieht Jagow des Hochverrates schuldig durch seine Teilnahme am Putsch, die sich in seinen Amtshandlungen bekundete: er setzte den Staatssekretär Freund, den Ministerialdirektor Meister ab, ernannte Doye zum Staatssekretär, entließ telegraphisch Ober- und Regierungspräsidenten usw. Herr von Wangenheim erscheint weniger belastet. Er ließ sich zwar zum Landwirtschaftsminister ernennen, hat aber keinerlei Amtstätigkeit ausgeübt und sein Ministerium gar nicht betreten.

Übrigens soll auch Ludendorff in Beziehungen zu der erwähnten „nationalen Vereinigung" gestanden haben, doch ist ihm eine Beteiligung am Putsch selbst nicht nachzuweisen. Er ist nur beim Einzug der Truppen als Zuschauer am Brandenburger Tor gewesen und hat den Beratungen der Kapp-Regierung als Besucher beigewohnt. Er steht bekanntlich auch nicht unter Anklage.

Die Vernehmung Jagows.

Die Verhandlungen begannen früh 9 Uhr vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts unter Vorsitz des Senatspräsidenten Geheimrat Pelargus. Der Andrang der Zuhörer war nur mäßig, weil die Ausgabe von Karten der strengsten Prüfung unterlag. Besondere Absperrungen waren am Reichsgerichtsgebäude jedoch nicht vorgenommen worden, auch waren keine Massenansammlungen wie mitunter bei anderen Sensationsprozessen zu beobachten. Die Angeklagten befinden sich auf freiem Fuße und begeben sich von ihrem Hotel aus zu den Verhandlungen. Sie erschienen mit ihren Verteidigern, den Rechtsanwälten Fritz Grünspach, Justizrat Görres, Rechtsanwalt Böttger aus Berlin und den Rechtsanwälten Justizrat Geutebrück-Leipzig und Dr. Martin-Halle im Saale und nahmen auf der Anklagebank Platz. Nach der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses, in welchem den Angeklagten vorgeworfen wird, daß sie versucht haben, die Verfassung des Deutschen Reiches im März v. J. gemeinsam zu stürzen und sich nach § 81 und 82 und § 47 des Str. G. B. schuldig gemacht zu haben, tritt Herr v. Jagow an den Gerichtstisch und antwortet auf die Anklage in zusammenhängender Rede.

Er bestreitet, schuldig zu sein, und weist darauf hin, daß in der 140 Seiten langen Anklageschrift sein Name sehr selten vorkomme. Er habe vor allem nichts begangen, was zu einer ar-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF